

An die Medien
der Region Basel

Basel, den 7. März 2010

Medienmitteilung

Basel-Stadt will nachhaltige Pensionskassen-Lösungen

Mit klaren 73% hat sich die Stimmbevölkerung von Basel-Stadt gegen eine Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen und damit gegen eine Kürzung der Renten ausgesprochen. Der vpod region basel ist der festen Überzeugung, dass dieses Plebiszit auch bei der Sanierung der Pensionskasse Basel-Stadt berücksichtigt werden muss.

In aller Klarheit haben sich die Basler Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen eine Kürzung der Altersrenten mittels Senkung des Umwandlungssatzes ausgesprochen. Gesamtstädtisch waren es 73 %, die sich gegen diesen Rentenklau aussprachen, und sogar im bürgerlichen Riehn stimmten 62% gegen die von der Privatassekuranz initiierte Rentenkürzung.

Das ist ein deutliches Plebiszit für eine nachhaltige Entwicklung der Pensionskassen. Die millionenschweren Beschwichtigungs- und Ablenkungsmanöver der bürgerlichen Parteien unter finanzieller Führung der Economiesuisse haben damit einen epochalen Schiffbruch erlitten.

Bereits am kommenden Mittwoch steht auch der Grosse Rat vor der Entscheidung, ob er bei der Sanierung der Basler Pensionskasse das von der Regierung vorgeschlagene, nachhaltige Sanierungsmodell oder die von der grossrätlichen WAK postulierte und von den bürgerlichen Parteien unterstützte Billiglösung bevorzugen will. Bei diesem Entscheid gilt es die Willensäusserung der Basler Bevölkerung bei der eidgenössischen Abstimmung zu berücksichtigen: Für die Sanierung der PKBS sind in Basel nachhaltige Lösungen gefragt. Das bedeutet: Die Basler Pensionskasse braucht jetzt endlich eine Wertschwankungsreserve, wie sie jede seriöse Pensionskasse hat und wie sie im Vorschlag der Regierung ansatzweise bereits enthalten ist. Zudem muss der im Sanierungsvorschlag gestrichene Teuerungsausgleich für Rentenbezüger mit einer vom Arbeitgeber finanzierten Härtefallklausel abgedeckt werden. Darüber hinaus wird sich der vpod region basel auch weiterhin mit allen Mitteln gegen einen Abbau der in der PKBS enthaltenen Leistungen und für eine nachhaltige Altersversorgung des Kantonspersonals einsetzen.

Weitere Auskünfte:

Urs Müller, Präsident vpod basel: 079 507 46 88

Marianne Meyer Lorenceau, vpod Regionalsekretärin, 079 506 28 42

Heidi Mück, vpod Regionalsekretärin, 078 717 34 62